

## Starke Kommunen für eine gefestigte Demokratie

Demokratie wächst von unten und sie lebt vom Mitmachen.

Dies gilt besonders für die Politik vor Ort: In unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen wird Politik für die Bürgerinnen und Bürger konkret erlebbar.

Wir machen uns deshalb für demokratische Kommunen stark: für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr direkte Demokratie.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine sehr kleinteilige Gemeindestruktur.

Zahlreiche Gemeinden wie auch alle Kreise verfügen nicht mehr über einen ausgeglichenen Haushalt. Dazu kommt, dass der Schrumpfungsprozess, gerade in den Gemeinden im Osten des Landes voranschreitet und sich die Bevölkerungsstruktur drastisch verändern wird. Das stellt viele unserer Gemeinden vor besondere Herausforderungen.

Im Vergleich zu westlichen Bundesländern ist die Bereitschaft zur Ausübung eines kommunalen Ehrenamtes in Mecklenburg-Vorpommern eher schwach ausgeprägt. Und die Bereitschaft für eine Gemeindevertretung zu kandidieren, nimmt aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls ab.

Die Landesregierung wird zum Ende der Legislaturperiode ein Leitbild für zukunftsfähige Gemeinden in M-V vorlegen.

Zukunftsfähig ist eine Gemeinde unseres Erachtens dann, wenn örtliche demokratische Gestaltungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar sind und die Gemeinden die Bedarfe ihrer Einwohnerinnen und Einwohner an kommunaler Daseinsvorsorge decken können.

Neben den in der KV M-V definierten Aufgaben muss jede selbstständige Gemeinde daher auch über einen finanziellen Spielraum für freiwillige Aufgaben des eigenen Wirkungskreises in messbarem Umfang verfügen können.

Wichtige Voraussetzungen für die Stärkung der kommunalen Demokratie sind daher:

Für die Bürgerinnen und Bürger:

1. Wir gehen davon aus, dass der künftigen Koalition in Berlin die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns gelingt, und dass dadurch die Bürgerinnen und Bürger als auch die Gemeindekassen entlastet werden.
2. Gleiche Chancen für Bildung und Ausbildung aller Kinder und Jugendlicher durch erreichbare qualitativ hochwertige Angebote von Schule und Berufsschule.
3. Sicherung einer Grundversorgung an sozialer, kultureller Infrastruktur sowie öffentlicher Dienstleistungen und einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur unter besonderer Beachtung zukünftiger Bedarfe Älterer und Menschen mit Handicaps.
4. Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben von Jung und Alt, mit oder ohne Handicap - unter Einbeziehung und Förderung ehrenamtlichen Engagements.
5. Teilhabe für Migrantinnen und Migranten
6. Mehr Transparenz für die Einwohnerinnen und Einwohner in Bezug auf Verwaltungshandeln und Gemeindevertretungsarbeit.

7. Bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen kommunalen Prozessen und praktikable Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche
8. Klare Regelungen für die Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Gemeindevertretungsmitglieder (Bürger im Ehrenamt)

Für die kommunale Ebene: mehr finanzielle Sicherheit

9. Novellierung des FAG bis 2016
  - a) Für die Aufgaben nach § 2 und 3 der Kommunalverfassung M-V eine aufgabenbezogene Finanzausstattung (Wichtung zentraler Funktionen nach Raumordnung) und Ausfinanzierung übertragener und gesetzlicher Aufgaben.
  - b) Kommunale Entschuldung voranbringen

Darüber hinaus:

10. Unterstützung bei der Erschließung weiterer Einnahmequellen und der Ausschöpfung der Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung in Bezug auf die Energiewende
11. Partizipationsmöglichkeiten von Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürgern an der Energiewende
12. Beratung und Unterstützung der Gemeinden bei der Aufnahme von Flüchtlingen
13. Erweiterung der Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit unter Wahrung des „Demokratiegebots“.

Für die Verwaltungen:

14. Entlastung der Verwaltungen durch die Landesregierung: Bürokratieabbau, Verfahrensvereinfachung für Verwaltungshandeln z. B. in Bezug auf Verwendungsnachweise für zweckgebundene Mittel.
15. Durchgängiges „E-Government“ unter Berücksichtigung eines qualitativ hochwertigen Datenschutzes → Anreize für kompatible Anwendungen.

Um diesen Herausforderungen auch unter den sich abzeichnenden schwieriger werdenden Rahmenbedingungen gerecht werden zu können, benötigen wir abgestimmte Verfahren auf und mit allen Ebenen. Das erfordert auch eine lebendige Kommunikation und Diskussion zwischen Land und kommunaler Ebene. Denn ans Ziel kommen wir nur gemeinsam.